

Brüning erneut von der SPD gerettet!

Vom „Lindent“ Seydelwig bis zum schwerindustriellen Volksparteier Dingeldey eine Front für den Hungertanzler / Erfolgreiche Obstruktion der Kommunisten

nahme. Nicht die sozialdemokratischen Führer, nicht die die Politik des Hörling, Müller, Börgriesel vertriedenden und unterstützenden Arzt, Liebmann und Edel und deren Verfeindiger sind schuld daran, daß die Einheitsfront der Arbeiter nicht schneller gelaufen kommt, sondern „die Führer der KPD“ — so schreiben die Renegaten, und sie verbrennen ihre Haltung für den Sozialföderalismus unter der Forderung nach einer „Einheit“, die die Arbeiter in die schlimmste Niederlage bringen muß. Bezeichnend sind die Formulierungen, mit denen sie die „Einheitsfront“ propagieren. Sie schreiben:

„Schüler an Schüler mit den Arbeitern der Kommunistischen Partei und mit den sozialdemokratischen Klassengenossen.“

Diese ehrenwerten Gelehrten aus dem Camp des Renegatenseums erfüllten sich also bereits, eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Führern der KPD zu organisieren. Sie enthüllen damit ganz offen ihre Rolle als Führungstruppe der Sozialdemokratischen Partei.

Nun haben gleichzeitig den Anhänger einer richtigen Haltung zu geben, beweisen wir ich auf meine Ausführungen auf dem Kampftag gegen den Föderalismus, die sie dabei glatt in das Gegenteil verkehren. Sie schreiben, ich hätte auf die Diskussionsrede Schreiter ausdrücklich erläutert:

„dah es wohl nötig sei, mit sozialdemokratischen Funktionären, mit der Sozialdemokratischen Partei gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen den Föderalismus zu treffen. Die Stimmung des Komitees warum ihn (Renner, d. A.) zu solchen Ausführungen.“

Diese Behauptung ist eine freie Unwahrheit. Ich habe auf dem Kongreß in der Polen gegen Schreiter folgendes erläutert:

„Wir kämpfen für Einheitsorgane für die Einheitsfront mit allen Arbeitern, wir auch aber gegen die Einheitsfront mit den verräderlichen Führern. Die Erklärungen von 1923, wo nach dem Punkt mit den „Lindent“ SPD-Führern der Wahlgang des Milliardenkredits folgte, werden von uns nicht verringert. Deshalb wenden wir uns gegen Linten, die uns die alte Linie wieder aufzuholen wollen.“

Der selame Kongreß antwortete diese meine Ausführungen mit Verstöß und begrenztem Handlungsfeld. Nur der ihmlosen Betriebsrat des Arbeiterkreises in der „Arbeiterpolitik“ ist das einzige Gerücht, wo er nicht gehört und geliebt hat, daß ein Vertreter der KPD in der Radeberger Versammlung die gegen das Kastell getriebene Revolution vortrug. Wenn einer neumag war, unter dem Druck der Massen zu lösen, dann der Renegat Willi Schneider im Radeberg, der dort erklärte, daß die wehrhafte Verteidigung der KPD gegen den Föderalismus richtig sei, dann aber die bekannte Linie gegen die KPD antwortete.

Der ganze Artikel der Renegaten zeigt, daß sie die alte Linie von 1923 in vollem Umfang beziehen. Sie unterschreiten und verantworten die Situation der Arbeiter, die die Notwendigkeit des sozialdemokratischen gegen den Föderalismus führen und zu einer tollen Einheitsfront drängen. Wo jetzt die Anhänger dieser Einheitsfront sich setzen, treten in nicht unbedeutendem Maße Stimmen auf die von der Versammlung ausgesprochen: „Alles ist verschwommen, jetzt wollen wir die Föderalisten ablegen“. Diese Stimmung wird nicht ausserhalb von den verräderlichen Führern der SPD und den Neuenen, und das Ergebnis ist, daß die Arbeiterschaft ihre Vertrauensseligkeit mit neuen, bitteren Enttäuschungen beschließen müssen. Deswegen steht als erstes Prinzip, revolutionäre Klarheit zu fordern, eine Einheitsfront zu erstellen, die eine willkürliche Kämpferfront mit gemeinsamer ideologischer Rechtsgründung darstellt, und die nicht dort, wo sie auf dem Feind hört, auszumachen geht. Diese Leute ist uns von Lenin übermittelt, dessen Prinzip war bei unserem Kampf um die Mehrheit des Proletariats um die Errichtung einer wirklichen Einheitsfront bestehen. Man kann dabei die Arbeiter gerade von der revolutionären Phrasenpolitik befreien. Von jener Phrasenpolitik, die von den Edel und Liebmann, Wöhrel und Rosenthal, aber auch von den Schreiter und Gobell den Arbeitern zur Forderung vorgeauft ist.

Zum Jahre 1917 bekämpfte Lenin solche auftretenden Stimmungen, indem er schrieb:

„Nur der Kampf gegen die blinde Vertrauensseligkeit (der ausdrücklich mit gewissen Waffen geführt werden kann und muss) entscheidet die Überzeugung durch Hinweis auf die Erfahrung des Lebens“, dann aus von den präzisen revolutionären Phrasen bestreift und sowohl das Prinzip des Proletariats als auch das Prinzip, mit dem Maßstab überhaupt vorwärts treiben...“

Diese Ausschreibungen Lenins rügen für die Revolutionäre aus, daß, in welcher Richtung der Kampf um die Gewinnung der Massen geführt werden muß, da er ein Kampf mit gewissen Waffen zur Überzeugung dieser Massen, aber auch gleichzeitig ein vernichtender Kampf gegen die verräderlichen sozialdemokratischen Führer und gegen alle schwankenden Elemente und Renegaten ist.

In seinem Brief an Kollontay vom 17. März 1917 schreibt Lenin:

„Meine Ansicht man ist ja die Hauptstadt, daß man sich nicht auf dumme „Einführungsvorläufe“ mit den Sozialparteien lohnt, was noch gefährlicher ist, mit schwankenden Elementen in der Art der Organisationskomitees oder Tschakas u. Co. einlädt, und daß die Tätigkeit unserer Partei in einem folgerichtigen ... Geist fortgesetzt wird.“

In seinem ersten Brief an Kollontay vom 18. März 1917 erhebt Lenin die Warnung:

„Es wäre das größte Unglück ... wenn unsre Freude sich auf eine „Einführung“ mit den Tschakas und Kollontays einstehen ... Auf keinen Fall wieder nach dem Muster der 2. Internationale! In seinem Fall kommen mit Kautsky! Unbedingt ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Taktik ... und unbedingt eine Verbindung von legaler und illegaler Arbeit ... auch wie vor revolutionäre Propaganda und Agitation.“

Diese Ausschreibungen Lenins rügen gegen die Zumpfpolitik des Renegatenseums, gegen die verräderlichen, betrügerischen Maßnahmen der sozialdemokratischen Führerchaft, und sie treffen, wie 1917, auf die Organisationskomitees der Reformisten, auf die Scheinfaranten, die heute von den Brandstiftern den Arbeitern empfohlen und von den sozialdemokratischen Führern zum Zwecke der Einigung und Durchführung der Arbeiter mitgenommen werden, zu. Vor der Politik, die die Renegaten zum Prinzip erheben und die sie den Arbeitern empfehlen, die einfache Verteilung an einer furchtbaren Einheitsfront, warnt Lenin folgendermaßen:

„Ich fürchte, daß man ... jetzt der allgemeinen Krankheit unterliegen wird, daß man sich ... begeisterst.“

Jeder Sohn Lenins ist ein Sohn gegen die Politik der Renegaten, für die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihrer Führung. Der Leninismus führt die russischen Arbeiter zum Sieg, und er führt auch die Arbeiter der ganzen Welt zum Sieg.

Und, um noch ein Zitat von Lenin anzuhören, noch deutlicher auszudrücken, wie Lenin vor jeder Zumpfpolitik warnt, bringen wir nachstehendes Zitat aus dem Theilenentwurf vom 17. März 1917:

„Deshalb dürfen wir uns auf feinerlei Blödsinnblödsinn aber auch nur Abmachungen für bestimmte Zwecke mit dem Arbeiter-Oborowitsch einlassen, wobei mit der Rückung Guschke-Wotrowsky, Tschakoff, Kollontay usw., noch mit Deuten, die wie Tschakoff und andere ... eine schwankende und unbekannte Stellung einkämpfen. Solche Abmachungen würden

Gegen beständige Villabüffis und Wallfahrten. Metzgebene erheben wie den Schriftsteller Probst. (Deutscher Volksaufstand bei den Kommunisten.) Sie bedeuten eine plante Abteilung der Sozialdemokraten erneut in den Dienst der Berliner Wohnungsgesellschaft, indem sie geschlossen ein offenes Vertragsbuch für die Diktaturregierung abgeben.

Dabei warten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten durchaus im Klaren, daß sie mit ihrem Vertrauensvotum die volle Verantwortung für alle kommenden Schänden der Berliner Regierung, für den weiteren Lohn- und Unterhaltungsraub und den weiteren Abbau der Sozialpolitik tragen. Aber nicht nur Sozialdemokraten ständen in der Einheitsfront mit der Schwereindustrie zur Rettung des Berliner Diktaturschlafzimmers.

Der kommunistische Antrag, der sich eindeutig gegen die Nationalpolitik der Regierung wendet, wurde mit 283:221 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Selbstverständlich werden nun noch, doch lebhaft der offenen Stahlhelmimperialen Trekkronus das Vertrauen der Sozialdemokraten erhebt. Ein Antrag diesem Minister das Vertrauen abzusprechen, wurde in namentlicher Abstimmung durch den Antrag der Regierungsparteien auf Übergang zur Tagessordnung abgelehnt. Diese Abstimmung konnte nur erfolgen durch die Mithilfe der gesamten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Selbstverständlich stimmten auch die Sozialdemokraten aus Angst vor Neuwahlen gegen den Antrag auf Auflösung des Reichstages, so daß auch dieser mit 318:207 Stimmen abgelehnt wurde.

Wie das Ergebnis der Abstimmungen verhindert wurde, läßt man Brüning in den Reihen der Deutschen Volkspartei stehen. Er nahm die Glückwünsche der Syndikat, der Schwerindustrie und des Finanzkapitals entgegen.

Auf der Tagessordnung standen neben dem Statut des Reichspräsidenten und des Reichstags die neuen Strafverfügungsparagraphen 26 bis 28 Mordstrafe der Opposition, durch die Verschärfung der Geschäftsausordnung und durch generelle Aufhebung der Immunität.

Mit allen Mitteln der Obstruktion kämpften die Kommunisten gegen die weitere Durchführung des sozialföderalen Diktatums. Zu Beginn der Sitzung protestierte

Genosse Stoedter gegen die übertumpfte Auflösung der Geschäftsausordnung und erklärte:

Gegen beständige Villabüffis und Wallfahrten. Metzgebene erheben wie den Schriftsteller Probst. (Deutscher Volksaufstand bei den Kommunisten.) Sie bedeuten eine plante Abteilung der Sozialdemokraten erneut in den Dienst der Berliner Wohnungsgesellschaft, indem sie geschlossen ein offenes Vertragsbuch für die Diktaturregierung abgeben. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Dieser Antrag bedeutet geradezu einen Artikel für alle Sozialstaatlichkeit der deutschen Arbeiterklasse, gegen die kommunistischen Abgeordneten machen des Faschismus.“

Durch die dann stärker eingehende Obstruktion der Kommunisten gelang es, den Immunitätsauflösung vor der Tagessordnung abzulegen.

Heute um 16 Uhr findet die Beratung über die Änderung der Geschäftsausordnung statt. Die Kommunisten werden selbstverständlich ihre Obstruktion fortführen.

Gewaltiger Einbruch der kommunistischen Kampfsrede

Berlin, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Weilchen harten Einbruch die Entlastung des Generalen Ulrich im Reichstag und auf die bürgerliche Presse gemacht hat, zeigt der Bericht des Regierungsbüroblattes, der „Germania“, die wie folgt die Rede des Generalen Ulrich wiedergibt:

„Abgeordneter Ulrich (Kommunist) erläutert, es sei beständig, daß man die Antwort auf die Ausführungen des Kanzlers den Kommunisten überläßt. Die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit bedeute eine Verhöhnung der 5 Millionen Erwerbslosen. Von der Preisentlastung habe der Kanzler bestimmtweise nichts mehr gesagt. Der Kampf gegen den Young-Plan werde einzeln und allein von den Kommunisten geführt, denn Kampf gegen den Young-Plan bedeute Kampf gegen alle Maßnahmen der Regierung, und auch Steuerkreis. Am 28. Februar würden die Massen den Reichstagsabgeordneten die gebührende Antwort geben. Gegen den Moroterror der Nationalsozialisten müßte sich die Arbeiterschaft durch bewaffneten Kampf (!) zur Wehr legen. Mit der Reichstagsauflösung werde der arbeitenden Bevölkerung nicht gedient. Nur durch eine organisierte Volksrevolution, durch Auflösung eines Sowjetdeutschlands, werde die Arbeiterschaft Siegen.“

Nazis fordern neuen Inflationsbetrug

Mittelstand soll noch mehr Youngisten fragen / Kommunisten brandmarken die Verbrecher / Entlarvt die Knechte der Youngräuber!

Berlin, den 7. Februar.

Bei Beratung der Reichsabschlagsklausel im Reichstagsausschuss reichte Genosse Torgler mit den Ratskollegen ab, die in einem Antrag forderten, daß Ratskollektivsatzelsatz bis zu einer halben Linie zur Durchführung öffentlicher Ausgaben ausgegeben werden sollten. Das würde bedeuten, daß die kleinen Handwerker und Dienstleister für die öffentliche Hand mit umgedrehtem Absatzpreis betrogen werden. Hier zeigt sich wieder, wie die Nazis die Young-Tribute durch einen Inflationsbetrag auf die Werktätigen zu wälzen versuchen.

Braune Mordwehr überfällt Dresdenner Arbeiter

Die leige Mordwehr in Dresden-Neustadt — Antwort durch Massenmobilisierung für die Einheitsfront gegen den Föderalismus!

Dresden, den 8. Februar.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen 1.30 Uhr, überfielen 12 Hitlerstrolche 4 Dresdenner Arbeiter, die von einem Vergnügungsort kamen. Die braunen Soldaten des Finanzkapitals hatten diesen Überfall wohlvorbereitet. Da der Sozialstaat und Ratskollektivsatzel hatten sie einen Posten ausgestellt, der die Arbeiter, die von einem Vergnügungsort kamen, erwartete. Deshalb ein Schwerriegelschädigter, der am Ende ging, wurde von diesem Postisten beschimpft. Gleich darauf sprangen aus dem Post 12 dieser Strolche auf die Arbeiter zu und schlugen einen Arbeiter mit Schlagringen ins Gesicht und auf den Kopf, daß er blutig niedersank. Den bewußtlos am Boden liegenden traten diese beiden mit schweren Steinen.

Die übrigen Arbeiter wurden von einem Teil dieser Strolche abgezögert, so daß sie dem zu Boden geschlagenen infolge der großen Übermacht nicht zu Hilfe kommen konnten. Ein zuviel vorbereiteter Posten, wahrscheinlich ein Reichsaußenwacht, rief entzückt den braunen Strolchen zu, daß dieser Feig-Uberfall eine unerhörte Flegelei sei. Darauf fielen sofort einige über ihn her und schlugen auch ihm nieder. Bis jetzt andere Arbeiter in die Nähe kamen, flüchteten die feigen Ge-

feinden. Sie verschwanden in den Höhlen der Louisen- und Blaumühle. Das läßt darauf schließen, daß die Nazis aus der Louisen- und Blaumühle eine beherrschende Stützpunktstellung zusammenstellten, die sich zur Angriffsstelle macht, die Ratskollektivsatzel militärisch zu überrollen.

Peigt den braunen Banditen das Handwerk! Organisiert Massenversammlungen! Schafft Kultür über die Verbrechen dieser Banden! Organisiert Aktionstrikots! zur Durchführung der Ratskollektivsatzel vom Kampftag gegen den Föderalismus! Werbt für den Kampfbund zur weiteren Niederkämpfung der braunen Mordwehr in allen Betrieben und Stempelhallen!

Proletarische Abreibung

Berlin, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

In der Nacht zum Sonntag kam es in Berlin zu zwei Überfällen der Stahlhelme auf Kommunisten und Reichsbanner. Auf dem Blücherplatz verübten Stahlhelmer einen Überfall zu Übeln, wurden aber von Arbeitern zu Rüge gegeben. Ein Stahlhelmer wurde verletzt. Das Überfallkommando verlor leichtlichständig einen Arbeitern. Der zweite Zusammenstoß ereignete sich am Goldbach- und Kupferstraße. Es kam zu einer Schlägerei zwischen Stahlhelmen und Reichsbanner. Sechs Personen wurden festgenommen.

Der Stahlhelm-Volfsbetrug

Berlin, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Wie der „Montagmorgen“ meldet, hat der preußische Innensenator Seeling am Sonnabend abgelehnt, daß er dem Ratskollektiv der Stahlhelme auf Zulassung eines Volksdelegierten verzichtet. Die Stahlhelme haben die Zulassung eines Volksdelegierten nicht entsprechend kommen mit der Begründung, daß der Antrag nicht die notwendigen Unterstützungen von 20.000 Stimmberechtigten trage. Die Stahlhelme haben von sich aus erklärt, daß sie eine weit größere Mitgliedschaft haben, wie die 20.000 Unterstützungen, die zur Unterstützung des Antrages notwendig sind, innerhalb einer Woche beitreten.

Mordwehr auch in Schweden

Berlin, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Zus Stokholm wird gemeldet, daß drei jugendliche nationalsozialistische Schüler am Sonnabend einen Überfall auf den Herausgeber der Stocholmer Kommunalzeitung „Rote“ (Neuer Tag), Stiller, unternommen. Unter einem Vorwand hatten sie Eingang in die Redaktion erhalten und rätselten mit dem Zuruf „Hände hoch!“ auf einen anwesenden Redakteur einen Revolver. Sie wurden von anderen Mitgliedern der Redaktion überwältigt. Bei einer sofort vorgenommenen Razzia unterhielten sich zwei geladene Revolver, eine Schrotflinte, einen Dolch, Dorskissen und eine Bluse mit roter Farbe. Sie gaben an, daß sie die Waffe gehabt hätten, Stiller zu festlich aufzuhängen und mit roter Farbe zu bestreichen. Erklärt wollten sie ihm angeblich nicht.

Berlin, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Wie aus Stolz gemeldet wird, ist der Mayerson-Garten Stolz am Sonntag, 8. Februar, mittags, auf offener Straße eröffnet worden. Mayson spielt in der männlichen Bevölkerung eine große Rolle. Man zieht damit, daß die Gemürtung Menschen nur Folge haben wird. Die Männer müssen ergriffen.